

04/07/2023

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über Maßnahmen in der mittelständischen Ausbildung (II)**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 6.2 §5, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, Artikel 7 §7 Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, und Nummer 6, Artikel 9.1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, und Artikel 14 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2022;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 21. März 2002 zur Bezuschussung von Personal- und Funktionskosten in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. Juni 2018 zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 17. Oktober 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 21. MÄRZ 2002 ZUR BEZUSCHUSSUNG VON PERSONAL- UND FUNKTIONSKOSTEN IN DER AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Artikel 1 – In Kapitel II Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 des Erlasses der Regierung vom 21. März 2002 zur Bezuschussung von Personal- und Funktionskosten in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 4. Juni 2009, 24. April 2014 und 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 4bis eingefügt:

„Art. 4bis – Pädagogische und sozialpädagogische Mitarbeiter in der Anlehre

§1 - Für maximal einen vertraglich eingestellten pädagogischen Mitarbeiter und einen vertraglich eingestellten sozialpädagogischen Mitarbeiter können je ZAWM im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel Zuschüsse zur Zahlung des Gehaltes sowie der daraus resultierenden sozialen und gesetzlichen Verpflichtungen durch das IAWM gewährt werden.

§2 - Der Zuschuss beträgt 100% der entstandenen Gehaltskosten. Für die Berechnung der maximal bezuschussbaren Gehaltskosten finden je nach Qualifikation der eingestellten Person die im Anhang angeführten Gehaltstabellen I oder II+ Anwendung.“

Art. 2 - In Kapitel II Abschnitt 1 Unterabschnitt 2.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2019 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 30. Juni 2022, wird folgender Artikel 7septies eingefügt:

„Art. 7septies – Referenten für die Organisation der Bachelorkurse und der Lehr- und Meisterkurse

§1- Für maximal einen vertraglich vollzeitig eingestellten Referenten für die Organisation der Bachelorkurse und einen vertraglich vollzeitig eingestellten Referenten für die Organisation der Lehr- und Meisterkurse können je ZAWM im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel Zuschüsse zur Zahlung des Gehaltes sowie der daraus resultierenden sozialen und gesetzlichen Verpflichtungen durch das IAWM gewährt werden.

§2 - Der Zuschuss beträgt 100% der entstandenen Gehaltskosten. Für die Berechnung der maximal bezuschussbaren Gehaltskosten finden je nach Qualifikation der eingestellten Person die im Anhang angeführten Gehaltstabellen I, II+ oder II Anwendung.“

Art. 3 – In denselben Unterabschnitt, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 7octies eingefügt:

„Art. 7octies - Verwaltungsfachkräfte für die berufliche Weiterbildung

§1 - Für maximal zwei vertraglich vollzeitig eingestellte Verwaltungsfachkräfte für die berufliche Weiterbildung können je ZAWM im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel Zuschüsse zur Zahlung des Gehaltes sowie der daraus resultierenden sozialen und gesetzlichen Verpflichtungen durch das IAWM gewährt werden.

§2 - Der Zuschuss beträgt 75 % der entstandenen Gehaltskosten. Für die Berechnung der maximal bezuschussbaren Gehaltskosten der Verwaltungsfachkräfte findet die im Anhang angeführte Gehaltstabelle II+ Anwendung.

§3 - Zuschüsse zu den Gehaltskosten für zwei Verwaltungsfachkräfte für die berufliche Weiterbildung können nur die Zentren erhalten, die im Rahmen der Weiterbildung

mindestens 1.750 Weiterbildungsstunden jährlich erteilen. Unter 1.500 jährliche Weiterbildungsstunden gibt es maximal Zuschüsse für 1,5 Verwaltungsfachkräfte und unter 1.000 Zuschüsse für eine Verwaltungsfachkraft. Unter 500 jährliche Weiterbildungsstunden gibt es kein Zuschussanrecht. In diesem Rahmen werden Teilqualifikierungsmaßnahmen im Auftrag der Regierung angeboten.

Das IAWM entscheidet über den Antrag auf Gewährung einer Stelle einer Verwaltungsfachkraft für die berufliche Weiterbildung.“

Art. 4 – In der Überschrift von Kapitel III desselben Erlasses wird die Wortfolge „der Weiterbildung und Umschulung“ durch die Wortfolge „von Kongressen und Kolloquien“ ersetzt.

Art. 5 – Artikel 12 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 6 – Artikel 14 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 30. Juni 2022, wird aufgehoben.

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 4. JUNI 2009 ZUR FESTLEGUNG DER AUSBILDUNGSBEDINGUNGEN FÜR MITTELSTÄNDISCHE LEHR- LINGE UND AUSBILDUNGSBETRIEBE

Art. 7 – Artikel 34.1 des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. März 2022, wird aufgehoben.

Art. 8 – Artikel 34.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 30. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „vorrangig“ gestrichen und die Wortfolge „zwischen 15 und 25 Jahren, die nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen“ durch die Wortfolge „die gemäß Artikel 6 einen Lehrvertrag abschließen dürfen“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird vor dem Wort „Lehrvertragsabschlussperiode“ die Wortfolge „gemäß Artikel 19 festgelegten“ eingefügt.

3. In Absatz 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach der Wortfolge „1. Lehrjahr“ die Wortfolge „und Teilnehmer aus den Vorschalt- und Integrationszentren“ eingefügt.

4. Absatz 5 Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 9 – In Artikel 34.4 Absatz 3 Nummer 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018, wird die Wortfolge „das Pilotprojekt BIDA“ durch die Wortfolge „die Anlehre“ ersetzt.

Art. 10 – Artikel 34.5 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 30. Juni 2022, wird die Wortfolge „das Pilotprojekt BIDA“ durch die Wortfolge „die Anlehre“ ersetzt.

2. In Absatz 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018, wird die Wortfolge „Pilotprojekt BIDA“ durch das Wort „ZAWM“ ersetzt.

Art 11 – Artikel 34.8 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 30. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wortfolgen „höchstens“ und „und kann nicht verlängert werden“ gestrichen.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 kann die Dauer der Anlehre auf zwei Ausbildungsjahre angehoben werden, unter der Voraussetzung einer positiven Entwicklung des Lehrlings in der Anlehre im Bereich der beruflichen Kompetenzen und mit Einverständnis des Aufnahmeausschusses.“

3. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird nach dem Wort „erbringen“ die Wortfolge „oder die nicht das in Absatz 2 erwähnte Einverständnis des Aufnahmeausschusses erhalten haben“ eingefügt.

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 11. JUNI 2009 ZUR EINFÜHRUNG EINES MEISTERVOLONTARIATES IN DER GRUNDAUSBILDUNG DES MITTELSTANDES

Art. 12 – In Artikel 1 §3 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020, wird das Wort „dem“ durch das Wort „der“ ersetzt.

Art. 13 – Artikel 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. §2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Um Meistervolontariatsverträge abschließen zu können, muss der Betriebsleiter von guter Führung sein. Er legt zu diesem Zweck ein Leumundszeugnis vor, das nicht älter als sechs Monate ist. Etwaige Einträge im Leumundszeugnis werden durch das IAWM auf ihre Relevanz für die auszuführende Tätigkeit als Ausbilder hin überprüft. Der Betriebsleiter muss mindestens 25 Jahre alt sein und den Abschluss einer anerkannten Meister-, Bachelor- bzw. Masterausbildung im Beruf und einer zumindest dreijährigen Berufserfahrung nach dieser Ausbildung in diesem oder einem artverwandten Fachbereich nachweisen.“

2. In § 3 Absatz 1 wird am Ende des Satzes die Wortfolge „und der unter seiner Verantwortung die praktische Ausbildung des Volontärs durchführt. Dazu muss mindestens ein halbzeitiger Arbeitsvertrag oder eine Eintragung als Gesellschafter vorliegen. Der Betriebsleiter ist für die Einhaltung der gesamten rechtlichen Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verantwortlich, auch wenn der Ausbildungsauftrag ganz oder teilweise auf einen Betriebsangehörigen übertragen wird.“ eingefügt.

3. In §3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Der Betriebsleiter informiert das IAWM umgehend darüber, wenn der Ausbilder den Ausbildungsbetrieb verlässt oder zeitweilig die Ausbildung nicht mehr gewährleisten kann und die Abwesenheit mindestens vier Wochen beträgt.“

4. In §5 werden nach dem ersten Satz folgende Sätze eingefügt:

„Das IAWM erkennt einen Betrieb, der erstmals Volontäre in einem bestimmten Beruf ausbildet, zunächst für die Dauer von drei Jahren als Ausbildungsbetrieb für diesen Beruf an. Die Anzahl Volontäre ist in diesem Zeitraum auf einen Volontär in diesem Beruf begrenzt. Das IAWM kann frühestens nach zwei Ausbildungsjahren von dieser Regelung eine Abweichung gewähren. Sind nach Ablauf der drei Jahre alle im vorliegenden Kapitel aufgeführten Zulassungsbedingungen nach wie vor erfüllt, geht die befristete Anerkennung automatisch in eine definitive Anerkennung als Ausbildungsbetrieb über.“

Art. 14 – Artikel 3 §2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020, wird wie folgt ersetzt:

„§2 - Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit, ist der Betriebsleiter verpflichtet, dass der Meistervolontär für körperlich tauglich erklärt wird.

Der Betriebsleiter meldet den Kandidaten spätestens bei Vertragsbeginn zur ärztlichen Untersuchung bei einem anerkannten Arbeitsgesundheitsdienst an und sorgt dafür, dass diese innerhalb der Probezeit des Meistervolontärvertrags auf Kosten des Betriebsleiters durchgeführt wird. Nach erfolgter Untersuchung weist der Betriebsleiter unaufgefordert per Bescheinigung nach, dass der Meistervolontär an dieser Untersuchung teilgenommen hat und übermittelt diesen Nachweis über die erfolgte Untersuchung an den zuständigen Lehrlingssekretär. Dieser fügt den Nachweis der Meistervolontärvertragsakte bei.“

Art. 15 – Artikel 4 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Im Falle der vorzeitigen Beendigung eines Meistervolontariatsvertrages können die Volontäre während sechs Kalenderwochen weiterhin an den Kursen teilnehmen.“

2. In §2 wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Ermöglicht die Länge des Zeitraums, in dem der Meistervolontariatsvertrag gemäß §4 Absatz 1 ausgesetzt war, es dem Volontär nicht, sein Ausbildungsjahr erfolgreich abzuschließen, kann der Meistervolontariatsvertrag ungeachtet von Absatz 1 nach Genehmigung des IAWM um die Zeit, während der der Meistervolontariatsvertrag ausgesetzt war oder gegebenenfalls um ein vollständiges Ausbildungsjahr verlängert werden.“

3. In §2 Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Wenn die betriebliche Arbeitsordnung eine andere Wochenarbeitszeit vorsieht, gilt diese auch für den Meistervolontär.“

4. In §2 wird zwischen Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, und Absatz 4, der zu Absatz 6 wird; folgender Absatz 5 eingefügt:

„Meistervolontäre leisten ausschließlich in den in Artikel 32 §1 Absatz 2 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit angeführten Fällen Überstunden. Die geleisteten Überstunden werden monatlich ausgeglichen, vorzugsweise durch entsprechende Ausgleichsruhezeit. Ist keine Ausgleichsruhezeit möglich, erhält der Auszubildende im ersten Jahr eine Mindestentschädigung von 15 Euro pro geleistete Stunde, im zweiten Jahr 20 Euro und im dritten oder vierten Jahr bzw. Zusatzjahr 25 Euro.“

5. In §2 Absatz 4, der zu Absatz 6 wird, wird die Wortfolge „Absatz 2“ durch die Wortfolge „den Absätzen 4 und 5“ ersetzt und vor dem Wort „Gesundheitsindex“ das Wort „geglätteten“ eingefügt.

6. In §4 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„In der Zeit, während der der Meistervolontariatsvertrag ausgesetzt ist, ist der Volontär berechtigt, an den Kursen, Tests und Prüfungen teilzunehmen.“

7. In §5 Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Betriebsleiter haben“ durch die Wortfolge „Der Betriebsleiter hat“ ersetzt.

8. In §5 Absatz 2 wird die Wortfolge „Die Betriebsleiter gewähren“ durch die Wortfolge „Der Betriebsleiter gewährt“ ersetzt.

9. In §6 wird die Wortfolge „anteilig der Kosten des Öffentlichen Personennahverkehrs, es sei denn, die zuständige paritätische Kommission sieht eine vorteilhaftere Regelung für den Meistervolontär vor“ durch die Wortfolge „gemäß den Vorgaben der zuständigen paritätischen Kommission. Wenn die Meistervolontäre keine explizite

Erwähnung in den Regelungen der paritätischen Kommission finden, gelten für sie dieselben Bestimmungen wie für reguläre Angestellte des Betriebes“ ersetzt.

Art. 16– Die Überschrift von Artikel 6 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:
„Art. 6 - „Entzug der Zulassung zur praktischen Ausbildung für Ausbildungsbetriebe“

Art. 17 – In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020, wird folgender Artikel 6.1 eingefügt:
„Art. 6.1 - Entzug der Zulassung zur praktischen Ausbildung für Meistervolontäre

Der Entzug der Genehmigung eines Volontariatsvertrags für den Meistervolontär erfolgt:

1. aufgrund eines Beschlusses des Klassenrates, insofern er zum zweiten Mal innerhalb eines Volontariatsvertrages an den Versetzungsprüfungen oder Prüfungen am Ende einer Meisterausbildung oder eines anderen dualen Studiengangs an einer anerkannten Hochschule oder Universität im In- oder Ausland scheitert;
2. wenn der Meistervolontär nach einer schriftlichen Abmahnung durch den Lehrlingssekretär oder nach einem durch den Lehrlingssekretär organisierten Schlichtungsversuch seinen vertraglichen Pflichten weiterhin nicht nachkommt;
3. wenn der Meistervolontär im Rahmen der Untersuchung durch den offiziellen Gesundheitsdienst nicht für körperlich tauglich erklärt wird, den Beruf, der Gegenstand des Meistervolontariatsvertrages ist, auszuführen.

Die Wiedererlangung der Genehmigung zum Abschluss von neuen Volontariatsverträgen kann das IAWM an Auflagen knüpfen, die sich aus den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses ergeben.“

Art. 18 – Artikel 7 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 19 – Artikel 10 §2 Absatz 2 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Die Partei, die einen Vertragsbruch wünscht, informiert unmittelbar den Lehrlingssekretär.

Der Lehrlingssekretär legt einen Termin zu einem verpflichtenden Schlichtungsgespräch fest und kann die Parteien zu einer schriftlichen Stellungnahme auffordern.

Wenn der Schlichtungsversuch durch den Lehrlingssekretär scheitert oder eine der beteiligten Parteien den Meistervolontariatsvertrag nach dem Schlichtungsgespräch nicht fortsetzen möchte, kommt es zum Vertragsbruch. Die Vertragsparteien halten den Grund des Vertragsbruchs schriftlich auf dem vom IAWM festgelegten Dokument fest und unterzeichnen das Dokument.

Falls eine Partei die Unterschrift des Vertragsbruchs verweigert, hat das Dokument trotzdem seine Gültigkeit.

Der Vertragsbruch wird beim IAWM zur Genehmigung eingereicht.

Vorbehaltlich einer anderslautenden gültigen Einigung beträgt die Kündigungsfrist vier Wochen vom Datum der Schlichtung an.“

Art. 20 – Artikel 13 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert :

1. Die Überschrift wird wie folgt ersetzt:

„Art. 13 - „Schwierigkeiten bei der Vertragsausführung“

2. §2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. April 2020 wird aufgehoben.

KAPITEL 4 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 27. JUNI 2013 ÜBER DIE GRUNDAUSBILDUNG IN DER AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Art. 21 – In Artikel 30 des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Vorlegen des Zertifikates der pädagogischen Fortbildung führt zu einer Befreiung vom Kursteil „Berufs- und Arbeitspädagogik“ in der Ausbildung zum Betriebsleiter in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.“

KAPITEL 5 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 28. JUNI 2018 ZUR ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 4. JUNI 2009 ZUR FESTLEGUNG DER AUSBILDUNGSBEDINGUNGEN FÜR MITTELSTÄNDISCHE LEHRLINGE UND AUSBILDUNGSBETRIEBE

Art. 22 – In Artikel 12 des Erlasses der Regierung vom 28. Juni 2018 zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. März 2022, wird die Wortfolge „und endet am 30. Juni 2022“ gestrichen.

KAPITEL 6 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 23 – Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2023 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 22, der mit Wirkung vom 1. Juli 2022 in Kraft tritt;
2. Artikel 7, 9 und 10 die mit Wirkung vom 1. September 2022 in Kraft treten;
3. Artikel 1, der mit Wirkung vom 1. Oktober 2022 in Kraft tritt;
4. Artikel 2, der mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft tritt;
5. Artikel 3, 4, 5 und 6, die am 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Art. 24 – Der für die Ausbildung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2023.09.21 11:05:38 +02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement relatif à des mesures dans le cadre de la formation dans les classes moyennes (II)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, l'article 6.2, § 5, inséré par le décret du 26 juin 2023, l'article 7, § 7, 2°, remplacé par le décret du 17 mai 2004, et 6°, l'article 9.1, alinéa 2, inséré par le décret du 25 mai 2009, et l'article 14, alinéa 2, inséré par le décret du 27 juin 2022;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 mars 2002 portant subventionnement des frais de personnel et de fonctionnement relatifs à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les petites et moyennes entreprises;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des Classes moyennes et pour les entreprises de formation;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 modifiant l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des Classes moyennes et pour les entreprises de formation;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, donné le 17 octobre 2022;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le [date];

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le [date];

Vu l'avis n° [numéro] du Conseil d'État, donné le [date], en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Formation;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 21 mars 2002 portant subventionnement des frais de personnel et de fonctionnement relatifs à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les petites et moyennes entreprises

Article 1^{er} – Dans le chapitre II, section 1^{re}, sous-section 1^{re}, de l'arrêté du Gouvernement du 21 mars 2002 portant subventionnement des frais de personnel et de fonctionnement relatifs à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les petites et moyennes entreprises, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 4 juin 2009, 24 avril 2014 et 23 mai 2019, il est inséré un article 4*bis* rédigé comme suit :

« Art. 4*bis* – Collaborateurs pédagogiques et socio-pédagogiques en formation élémentaire

§ 1^{er} – Pour au plus un collaborateur pédagogique contractuel et un collaborateur socio-pédagogique contractuel, l'IAWM peut accorder à chaque ZAWM, dans la limite des moyens financiers disponibles, des subventions destinées au paiement du traitement ainsi que des obligations sociales et légales qui en découlent.

§ 2 – La subvention s'élève à 100 % des frais de traitement encourus. Selon la qualification de la personne engagée, le montant maximal subsidiable des frais de traitement est calculé sur la base des échelles de traitement I ou II+ figurant en annexe. »

Art. 2 – Dans le chapitre II, section 1^{re}, sous-section 2.1, du même arrêté, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 et modifiée par l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2022, il est inséré un article 7*septies* rédigé comme suit :

« Art. 7*septies* – Adjoints pour l'organisation des cours de bachelor et des cours d'apprentissage et de chef d'entreprise

§ 1^{er} – Pour au plus un adjoint contractuel occupé à temps plein pour l'organisation des cours de bachelor et un adjoint contractuel occupé à temps plein pour l'organisation des cours d'apprentissage et de chef d'entreprise, l'IAWM peut accorder à chaque ZAWM, dans la limite des moyens financiers disponibles, des subventions destinées au paiement du traitement ainsi que des obligations sociales et légales qui en découlent.

§ 2 – La subvention s'élève à 100 % des frais de traitement encourus. Selon la qualification de la personne engagée, le montant maximal subsidiable des frais de traitement est calculé sur la base des échelles de traitement I, II+ ou III figurant en annexe. »

Art. 3 – Dans la même sous-section, insérée par l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019, il est inséré un article 7*octies* rédigé comme suit :

« Art. 7*octies* – Agents administratifs chargés de la formation professionnelle continue

§ 1^{er} – Pour au plus deux agents administratifs chargés de la formation professionnelle continue, contractuels et occupés à temps plein, l'IAWM peut accorder à chaque ZAWM, dans la limite des moyens financiers disponibles, des subventions destinées au paiement du traitement ainsi que des obligations sociales et légales qui en découlent.

§ 2 – La subvention s'élève à 75 % des frais de traitement encourus. Le montant maximal subsidiable des frais de traitement pour les agents administratifs est calculé sur la base de l'échelle de traitement II+ figurant en annexe.

§ 3 – Seuls les centres qui dispensent au moins 1 750 heures de formation continue chaque année dans le cadre de la formation continue peuvent recevoir des subventions aux frais de traitement pour deux agents administratifs chargés de la formation professionnelle continue. En dessous de 1 500 heures de formation continue annuelles, les subventions sont octroyées au plus

pour 1,5 agent administratif et, en dessous de 1 000, pour un agent administratif. En dessous de 500 heures de formation continue annuelles, il n'existe pas de droit à une subvention. Dans ce cadre, des mesures de qualification partielle sont proposées pour le compte du Gouvernement.

L'IAWM statue sur la demande d'octroi d'un emploi d'agent administratif chargé de la formation professionnelle continue. »

Art. 4 – Dans l'intitulé du chapitre III du même arrêté, les mots « de la formation continue et de la reconversion » sont remplacés par les mots « des congrès et des colloques ».

Art. 5 – L'article 12 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 24 avril 2014, est abrogé.

Art. 6 – L'article 14 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2022, est abrogé.

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des classes moyennes et pour les entreprises de formation

Art. 7 – L'article 34.1 de l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des Classes moyennes et pour les entreprises de formation, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 mars 2022, est abrogé.

Art. 8 – À l'article 34.3 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « en priorité » sont abrogés et les mots « âgées de 15 à 25 ans qui ne sont plus soumises à l'obligation scolaire à temps plein » sont remplacés par les mots « qui ont le droit de conclure un contrat d'apprentissage conformément à l'article 6 »;

2° l'alinéa 3 est complété par les mots « fixée conformément à l'article 19 »;

3° dans l'alinéa 4, les mots « à temps partiel, de la structure d'accrochage scolaire et » sont remplacés par les mots « à temps partiel et de la structure d'accrochage scolaire, » et les mots « et les participants des centres préparatoires et d'intégration » sont insérés entre les mots « contrat d'apprentissage » et le mot « peuvent »;

4° dans l'alinéa 5, le 4° est abrogé.

Art. 9 – Dans l'article 34.4, alinéa 3, 4°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018, les mots « le projet pilote BIDA » sont remplacés par les mots « la formation élémentaire ».

Art. 10 – À l'article 34.5 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2022, les mots « le projet pilote BIDA » sont remplacés par les mots « la formation élémentaire »;

2° dans l'alinéa 4, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018, les mots « au projet pilote BIDA » sont remplacés par les mots « auprès du ZAWM ».

Art. 11 – À l'article 34.8 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « au plus et ne peut être prolongée » sont abrogés;

2° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la durée de la formation élémentaire peut être portée à deux ans, à condition que l'apprenti montre un développement positif au cours de la formation élémentaire, au regard des compétences professionnelles, et avec l'accord de la commission d'admission. »;

3° l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, est complété par les mots « ou qui n'ont pas reçu l'accord de la commission d'admission mentionné à l'alinéa 2 ».

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes

Art. 12 – Dans l'article 1^{er}, § 3, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, les mots « par Gouvernement » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement ».

Art. 13 – À l'article 2 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour pouvoir conclure des conventions de stage, le chef d'entreprise doit avoir une bonne conduite. Il présente à cet effet un certificat de bonnes vies et mœurs qui ne date pas de plus de six mois. Les éventuelles inscriptions portées au certificat sont examinées par l'IAWM au regard de leur pertinence pour l'activité de formateur à exercer. Le chef d'entreprise doit avoir au moins 25 ans et justifier d'une formation de maîtrise, de bachelor ou de master reconnue dans la profession ainsi que d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans ce domaine ou un domaine apparenté après avoir suivi cette formation. »;

2° dans le § 3, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « et qui dispense la formation pratique du stagiaire sous sa responsabilité. À cet effet, le formateur doit au moins disposer d'un contrat de travail à mi-temps ou être inscrit en tant qu'associé. Le chef d'entreprise est responsable de l'observation de l'ensemble des dispositions juridiques du présent arrêté, et cela même si le mandat de formation est transféré dans sa totalité ou en partie à un membre du personnel de l'entreprise. »;

3° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le chef d'entreprise informe immédiatement l'IAWM lorsque le formateur quitte l'entreprise formatrice ou ne peut plus assurer la formation temporairement et que son absence dure au moins quatre semaines. »;

4° dans le § 5, il est inséré, après la première phrase, des phrases rédigées comme suit :

« Lorsqu'une entreprise forme pour la première fois des stagiaires à une profession donnée, l'IAWM l'agrée, dans un premier temps, pour trois ans comme entreprise formatrice pour cette profession. Durant cette période, le nombre de stagiaires est limité à un stagiaire dans ladite profession. L'IAWM peut octroyer une dérogation à cette réglementation au plus tôt après deux ans de formation. Si toutes les conditions d'agrément énumérées dans le présent chapitre sont encore remplies au terme de ces trois années, l'agrément à durée déterminée devient automatiquement un agrément définitif comme entreprise formatrice. »

Art. 14 – L'article 3, § 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, est remplacé par ce qui suit :

« § 2 – Conformément aux dispositions de la loi du 4 août 1996 relative au bien-être des travailleurs lors de l'exécution de leur travail, le chef d'entreprise est tenu de veiller à ce que le stagiaire soit déclaré physiquement apte.

Le chef d'entreprise inscrit le candidat au plus tard au début du contrat auprès d'un service agréé de médecine du travail aux fins de la réalisation d'un examen médical; le chef d'entreprise veille à ce que cet examen soit réalisé au cours de la période d'essai fixée dans la convention de stage, à

ses propres frais. Une fois l'examen réalisé, le chef d'entreprise apporte spontanément la preuve, au moyen d'une attestation, que le stagiaire a bien participé à cet examen, et transmet ce justificatif d'examen au secrétaire d'apprentissage compétent. Ce dernier joint le justificatif au dossier contenant la convention de stage. »

Art. 15 – À l'article 4 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si une convention de stage est résiliée de manière anticipée, les stagiaires peuvent continuer à participer aux cours pendant six semaines calendrier. »;

2° dans le § 2, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Si la durée de la période durant laquelle la convention de stage a été suspendue conformément au § 4, alinéa 1^{er}, ne permet pas au stagiaire de terminer avec fruit son année de formation, la convention de stage peut, nonobstant l'alinéa 1^{er} et après l'approbation de l'IAWM, être prolongée de la durée de suspension de la convention de stage ou, le cas échéant, d'une année de formation complète. »;

3° dans le § 2, alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, il est inséré, après la première phrase, une phrase rédigée comme suit :

« Si le règlement de travail de l'entreprise prévoit une autre durée de travail hebdomadaire, celle-ci s'applique également au stagiaire. »;

4° dans le § 2, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, et l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 6 :

« Les stagiaires prestent des heures supplémentaires uniquement dans les cas mentionnés à l'article 32, § 1^{er}, alinéa 2, de la loi du 16 mars 1971 sur le travail. Les heures supplémentaires prestées sont compensées mensuellement, de préférence par des temps de repos compensatoires équivalents. S'il est impossible de prévoir un temps de repos compensatoire, l'apprenant reçoit une indemnité minimale de 15 euros par heure prestée au cours de la première année, de 20 euros au cours de la deuxième année et de 25 euros au cours des troisième ou quatrième années ou de toute autre année supplémentaire. »;

5° dans le § 2, alinéa 4, qui devient l'alinéa 6, les mots « au deuxième alinéa » sont remplacés par les mots « aux alinéas 4 et 5 » et le mot « lissé » est inséré entre les mots « de l'indice santé » et les mots « , calculée sur »;

6° dans le § 4, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Pendant la période de suspension de la convention de stage, le stagiaire a le droit de participer aux cours, aux tests et aux examens. »;

7° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « Les chefs d'entreprise ont » sont remplacés par les mots « Le chef d'entreprise a »;

8° dans le § 5, alinéa 2, les mots « Les chefs d'entreprise octroient » sont remplacés par les mots « Le chef d'entreprise octroie »;

9° dans le § 6, les mots « , et ce, proportionnellement au coût des transports en commun, à moins que la commission paritaire compétente ne prévoise une réglementation plus avantageuse pour le stagiaire. » sont remplacés par les mots « conformément aux prescriptions de la commission paritaire compétente. Si les stagiaires ne sont pas explicitement mentionnés dans les réglementations de la commission paritaire, les mêmes dispositions que pour les employés réguliers de l'entreprise leur sont applicables. »

Art. 16 – L'intitulé de l'article 6 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6 – Retrait de l'agrément pour la formation pratique en ce qui concerne les entreprises formatrices ».

Art. 17 – Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, il est inséré un article 6.1 rédigé comme suit :

« Art. 6.1 – Retrait de l'agrément pour la formation pratique en ce qui concerne les stagiaires

Le retrait de l'approbation d'une convention de stage intervient pour le stagiaire :

1° en raison d'une décision prise par le conseil de classe, dans la mesure où le stagiaire échoue pour la deuxième fois dans le cadre d'une convention de stage aux examens de passage ou aux examens finaux d'une formation de chef d'entreprise ou d'une autre formation en alternance suivie auprès d'une haute école ou d'une université reconnue en Belgique ou à l'étranger;

2° si le stagiaire continue à ne pas respecter ses obligations contractuelles, après rappel à l'ordre écrit du secrétaire d'apprentissage ou après une tentative de conciliation organisée par le secrétaire d'apprentissage;

3° si, dans le cadre de l'examen effectué par le service de santé officiel, le stagiaire est déclaré physiquement inapte à exercer la profession faisant l'objet de la convention de stage.

L'IAWM peut subordonner la récupération de l'approbation permettant de conclure de nouvelles conventions de stage à certaines conditions découlant des dispositions du présent arrêté. »

Art. 18 – L'article 7 du même arrêté est abrogé.

Art. 19 – L'article 10, § 2, alinéa 2, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, est remplacé par ce qui suit :

« La partie souhaitant une rupture de convention en informe immédiatement le secrétaire d'apprentissage.

Le secrétaire d'apprentissage fixe un rendez-vous pour un entretien de conciliation obligatoire et peut demander aux parties de prendre position par écrit.

Si la tentative de conciliation organisée par le secrétaire d'apprentissage échoue ou que l'une des parties concernées souhaite rompre la convention de stage après l'entretien de conciliation, il est procédé à la rupture de la convention. Les parties contractantes consignent le motif de la rupture de la convention par écrit dans le document prévu à cet effet par l'IAWM, et signent le document.

Si une partie refuse de signer la rupture de la convention, le document reste malgré tout valable.

La rupture de la convention est soumise à l'IAWM pour approbation.

Sauf accord à l'amiable contraire, le délai de préavis est de quatre semaines à dater de la conciliation. »

Art. 20 – À l'article 13 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est remplacé par ce qui suit :

« Art. 13 – Difficultés relatives à l'exécution de la convention »;

2° le § 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 16 avril 2020, est abrogé.

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME

Article 21 – L'article 30 de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME est complété

par un alinéa rédigé comme suit :

« La présentation du certificat de formation pédagogique complémentaire entraîne la dispense du cours “Pédagogie professionnelle et du travail” organisé dans le cadre de la formation de chef d’entreprise au sein de la Communauté germanophone de Belgique. »

Chapitre 5 – Modification de l’arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 modifiant l’arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des Classes moyennes et pour les entreprises de formation

Art. 22 – Dans l’article 12 de l’arrêté du Gouvernement du 28 juin 2018 modifiant l’arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des Classes moyennes et pour les entreprises de formation, modifié par l’arrêté du Gouvernement du 17 mars 2022, les mots « et devient caduc le 30-06-2022 » sont abrogés.

Chapitre 6 – Dispositions finales

Art. 23 – Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} juillet 2023, à l’exception :

- 1° de l’article 22, qui produit ses effets le 1^{er} juillet 2022;
- 2° des articles 7, 9 et 10, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2022;
- 3° de l’article 1^{er}, qui produit ses effets le 1^{er} octobre 2022;
- 4° de l’article 2, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2023;
- 5° des articles 3, 4, 5 et 6, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Art. 24 – Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l’exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de l’Éducation et de la Recherche scientifique
L. KLINKENBERG